

# BI formiert sich gegen geplante Umgehung

**Protest** Mitglieder wollen mehr Transparenz für alle Bürger - Gemeindechefin sieht keine Informationsdefizite

Von unserer Reporterin  
Stefanie Helsper

■ **Straßenhaus.** In Straßenhaus hat sich eine Bürgerinitiative gegen die geplante Ortsumgehung formiert. Sie geht aus der schon bestehenden Interessengemeinschaft hervor. Alle 14 Mitglieder der „BI Zukunft für Straßenhaus“ sind Anwohner der Birkenstraße, die von einer nordwestlich des Ortes verlaufenden Umgehungsstraße am direktesten betroffen wären.

Sie lehnen die Trassenführung, für die der Gemeinderat sich ausgesprochen hat, ab (wir berichteten). „Man hat die für uns schlechteste Variante gewählt“, klagt BI-Sprecherin Delia Buchstäber, „unsere Interessen wurden überhaupt nicht berücksichtigt“. Die BI will erreichen, dass der Rat seine Entscheidung überdenkt und alternative Trassenführungen prüft.

Gleichzeitig lastet sie der Gemeinde „Informationsdefizite“ an: Vielen Bürgern seien die Pläne für die Umgehung nicht genau be-

kannt. BI-Sprecher Egon Krobb sagte: „Es darf nicht sein, dass die Abstimmung über die Trassenführung im Rat in nicht-öffentlicher Sitzung passiert. Wenn das Thema nicht von öffentlichem Interesse ist, was dann?“ Die BI fordert eine öffentliche Info-Veranstaltung, zudem sollen alle Pläne im Internet zugänglich gemacht werden. „Wir wollen, dass die Bürger informiert werden, was die Pläne für sie und den Ort bedeuten“, so Buchstäber.

Denn die Kritiker sehen mehr Bürger betroffen als nur die, die in der Nähe der Umgehung leben müssten: Auch die Geschäfte, die heute vom Durchgangsverkehr im Ort leben, würden Schaden nehmen. Davor warnt auch die Landtagsabgeordnete Elisabeth Brös-kamp, die sich der BI angeschlossen hat – sie lebt seit 2012 auf dem Aussiedlerhof nahe des Schützenhauses, wo die Umgehung laut ihrer Aussage „direkt am Hausgrundstück“ vorbei verläufe. „Post, Apotheke, Metzger, Bäcker“, zählt sie auf, „die könnten alle zu machen.

Will man das?“ Aus Sicht der prominenten Neubürgerin hat die Gemeinde nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt, die die Situation für die Bürger verbessern und eine Alternative zur Umgehung sein könnten. Sie führt etwa Tempo 30 und Zebrastreifen im Ortskern sowie die Umleitung des Fernverkehrs über die Autobahn auf.

Die Lärmbelastung werde durch die Umgehung nur verlagert und durch eine Zunahme des Verkehrs erhöht, so die Befürchtung. „Es wären mehr Bürger betroffen als an der Ortsdurchfahrt“, betont Delia Buchstäber. Und so stellt die BI eine Umgehung auch grundsätzlich infrage. Die Bürger seien nicht gefragt worden, ob sie die Trasse überhaupt wollen.

Doch die Entscheidung für eine Umgehung liegt schon lange zu-

rück. Auch Ortsbürgermeisterin Birgit Haas sagte: „Die Trassenführung existiert seit 1997, die Welt hat sich nicht gedreht.“ Die Trasse sei nur entsprechend von der Bebauung abgerückt worden.

Die Gründung der BI hat die Ortschefin nicht überrascht. Anders die Forderung nach Transparenz. Die Interessengemeinschaft sei stets informiert gewesen, außerdem verweist Haas auf die Sachstandsmitteilung in der letzten Ratssitzung, in der alle Pläne und Lärmprotokolle vorgestellt worden seien. Die Abstimmung sei dann im nicht-öffentlichen Teil erfolgt, damit alle Ratsmitglieder ohne Einfluss von außen ihre Entscheidung hätten treffen können.

Zudem betonte Haas im Gespräch mit der RZ in Richtung der Kritiker, dass der Rat nur der Trassenführung an der Birkenstraße zu-

**„Wir wollen eine Planung, die weder als Pest noch als Cholera bezeichnet werden kann.“**

Die BI zur einer Aussage von Ortsbürgermeisterin Birgit Haas, dass die Entscheidung über die verträglichste der möglichen Varianten eine „zwischen Pest und Cholera“ gewesen sei.

gestimmt habe: „Wir haben uns ausdrücklich gegen eine Auf- und Ausfahrt an der K 99 ausgesprochen.“ Man wolle, anders als in der aktuellen Planung, einen Kreisell am Oberradener Stock. Dadurch würden Anwohner der Birkenstraße unterhalb der Polizeistation und auf dem Aussiedlerhof deutlich weniger belastet. Außerdem will die Gemeinde eine fußläufige Überführung zwischen Ellingen und Straßenhaus.

Es sei das gute Recht der Betroffenen, sich gegen die Pläne zu positionieren. „Wir wollen alle nur das Beste für den Ort.“

Die BI denkt auch über eine Klage nach, um ihr Ziel zu erreichen. Außerdem will Egon Krobb prüfen lassen, ob die Ratsentscheidung überhaupt gültig ist – und nicht einige Ratsmitglieder wegen Betroffenheit bei der Abstimmung hätten außen vor bleiben müssen.

Infos zur BI erteilen Egon Krobb und Delia Buchstäber unter Tel. 02634/956 211 und 02634/4349.